

■ EUROPÄISCHE KONJUNKTUR KÜHLT SICH AB

Nach dem Wachstumsknick in den USA mehren sich auch die Anzeichen einer Dämpfung der Konjunktur in Europa. Im Euro-Raum haben das Vertrauen der Unternehmen in die künftige Entwicklung und die Konsumentenstimmung rückläufige Tendenz. Das Wachstum der Geldmenge verlangsamt sich in der Euro-Zone ebenfalls. Noch reagiert die EZB nicht mit einer Lockerung ihrer Geldpolitik, obwohl kurz- und langfristige Zinssätze kaum differieren und die Inflation nachlässt. Die bis in die Wintermonate vorliegenden Wirtschaftsdaten für den Euro-Raum lassen allerdings keinen dramatischen Konjunkturreinbruch erkennen.

Die internationale Abschwächung der Konjunktur dürfte auch die österreichische Wirtschaft bald erfassen. Zwar zeigte sich in Österreich bereits im 2. Halbjahr 2000 eine Verlangsamung des zuvor kräftigen Wirtschaftswachstums, doch hatte diese Dämpfung binnenwirtschaftliche Ursachen: Der private Konsum litt unter dem durch die Rohölverteuerung verursachten Kaufkraftverlust, der Erhöhung indirekter Steuern (motorbezogenen Versicherungssteuer, Tabaksteuer, Energiesteuer, verschiedene Gebühren) und der Ankündigung weiterer Sparmaßnahmen im öffentlichen Bereich. Die bereits wirksamen Einsparungen des Staates drückten den öffentlichen Konsum, und die Investitionsnachfrage spiegelt die Eintrübung des Optimismus der heimischen Unternehmen wider, wie sie auch in den Umfragen des WIFO zum Ausdruck kommt.

Einzig der Export entwickelte sich bis zum Jahresende dynamisch. Die Zahlungseingänge aus der Warenausfuhr überstiegen 2000 das Vorjahresniveau um 16,6%, im IV. Quartal betrug das Wachstum ebenfalls 15,4%. Von der starken Auslandsnachfrage profitierte vor allem die Sachgütererzeugung, ihre abgesetzte Produktion wuchs von Jänner bis November um 10,6%. Die hohe Produktivitätssteigerung verhinderte eine Ausweitung der Beschäftigung in diesem Bereich, jedoch gingen per Saldo keine Arbeitsplätze verloren. Die heimischen Sachgütererzeuger zeigten sich im jüngsten WIFO-Konjunkturtest hinsichtlich ihrer künftigen Geschäftslage weniger optimistisch. Abermals skeptischer beurteilt wurden die Auftragsbestände (auch jene aus dem Ausland). Hingegen schätzten die Unternehmen die aktuelle Situation besser ein als in der vorhergehenden Umfrage. Die hohen Auftragseingänge der letzten Monate werden nun nach und nach abgearbeitet.

Der Konjunkturbericht entsteht
jeweils in Zusammenarbeit aller
Mitarbeiter des WIFO.

Grund für diese Eintrübung dürfte die Sorge über eine Beeinträchtigung der Konjunktur in Deutschland, Österreichs wichtigstem Handelspartner, durch die deutliche Dämpfung des Wirtschaftswachstums in den USA sein: Über 10% der deutschen Exporte fließen in die USA, und viele dieser Produkte (vor allem der Autoindustrie) enthalten Vorleistungen aus Österreich. In der Konjunkturumfrage des Ifo vom Jänner beurteilten die deutschen Unternehmen ihre Geschäftslage neuerlich pessimistischer. Auch für Italien, den zweitwichtigsten Handelspartner Österreichs, könnten die Effekte einer internationalen Konjunkturabkühlung recht deutlich ausfallen.

Neben den realwirtschaftlichen Verflechtungen mit Nordamerika besteht zusätzlich die Gefahr von Kapitalmarkturbulenzen, welche auch Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft hätten. Für einen zu starken und damit die europäische Exportwirtschaft belastenden Anstieg des Euro-Dollar-Wechselkurses sind trotz der deutlichen Verringerung des Zinsabstands und der Wachstumsdifferenz zwischen den beiden Wirtschaftsblöcken noch keinerlei Anzeichen zu erkennen.

REZESSIONSÄNGSTE IN DEN USA

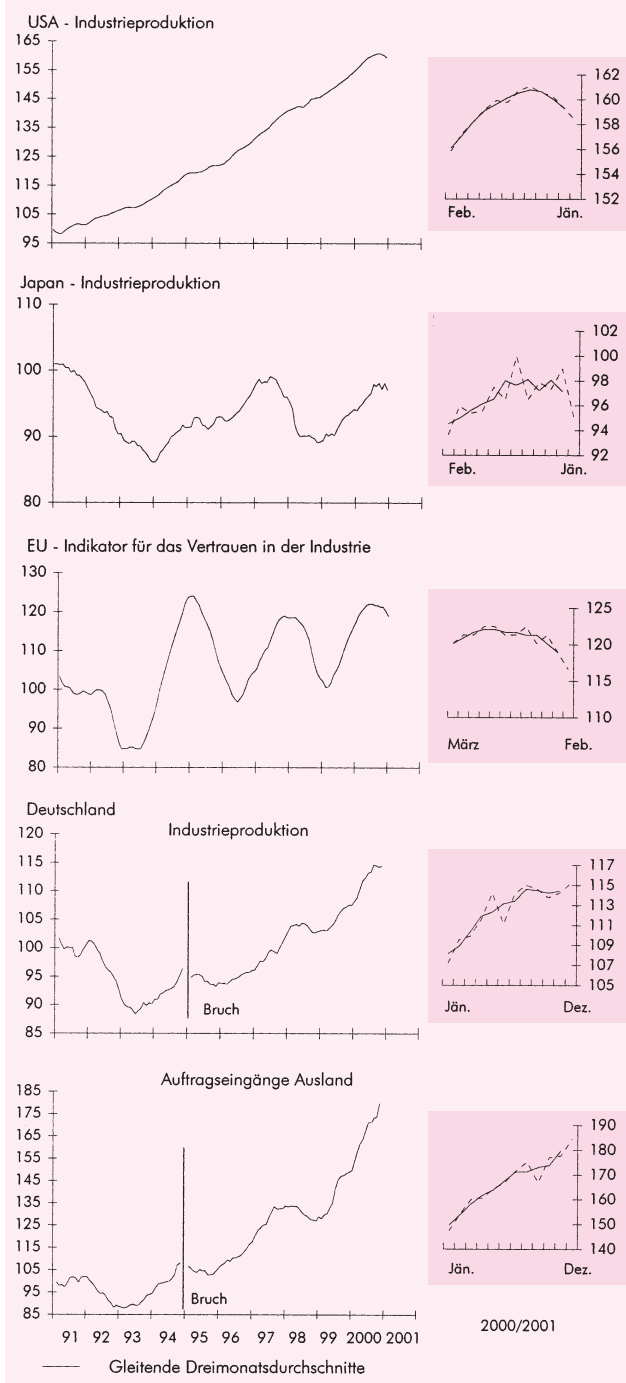
Die drastische Verschlechterung der Ergebnisse von Umfragen unter Unternehmen und Verbrauchern deutet in den USA einen Wachstumsstillstand im I. Quartal an. Nachdem die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren deutlich gesunken ist, hat sie nun wieder steigende Tendenz.

Nachdem das Wirtschaftswachstum in den USA im IV. Quartal 2000 nur noch 1,1% betrug, deuten vorausseilende Wirtschaftsindikatoren auf eine Stagnation im I. Quartal 2001 hin. Der National Purchasing Managers' Index auf der Basis einer Umfrage unter Einkaufsmanagern hat bereits seit einigen Monaten – und im Jänner verstärkt – rückläufige Tendenz. Auch der Konsum der privaten Haushalte, in der Vergangenheit eine wesentliche Triebkraft des Aufschwungs in den USA, dürfte nunmehr deutlich langsamer wachsen. Die vom U.S. Conference Board monatlich erhobene Konsumentenstimmung sackte im Februar – nach graduellen Abschwächungen in den letzten Umfragen – um 8,9 Prozentpunkte auf den niedrigsten Stand seit 1996 ab.

Die Gefahr für die Konjunktur in den USA besteht in einem abrupten Nachlassen der privaten Konsumnachfrage aufgrund von Rezessionsängsten. Angesichts der hochbewerteten Aktienmärkte und der damit verbundenen Aufwertung der Ersparnisse gaben viele private Haushalte ihr laufendes Einkommen vollständig für Konsum oder – im Falle des privaten Wohnbaus – Investitionen aus. Mitte 2000 war die Sparquote des privaten

Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 1991 = 100



Haushaltssektors sogar negativ; offenbar wurden vor dem Hintergrund der optimistischen Stimmung Ersparnisse abgebaut bzw. vermehrt Kredite aufgenommen. Sollte das Vertrauen der Konsumenten in die künftige Wirtschaftsentwicklung so stark sinken, dass sie wie in Japan mit Angstsparen reagieren, wäre eine Rezession die Folge. Dass die USA wie Japan in eine hartnäckige Rezession geraten, ist aber aus mehreren Gründen unwahrscheinlich:

- Die USA verfügen über eine gesunde und flexible Wirtschaftsstruktur. In den letzten Jahren wurden, vor

allem im Informationstechnologiebereich, erhebliche Investitionen getätigt. Die Überhitzung der Konjunktur und übertriebene Erwartungen hatten aufgrund der hohen Aktienkurse in diesen Branchen eine Ausweitung der Kapazitäten zur Folge, welche über das Maß der langfristigen Erfordernisse hinausging. Letztere sind zur Zeit nur unvollständig ausgelastet – wie Massenentlassungen der Technologieanbieter zeigen; der Großteil der Investitionen dürfte jedoch das Produktionspotential nachhaltig anheben.

- Die Wirtschaft der USA erweist sich als sehr flexibel in der Ressourcenallokation – sowohl auf dem Arbeitsmarkt als auch auf dem Kapitalmarkt. Zudem weitet der beträchtliche Überschuss im öffentlichen Haushalt den fiskalpolitischen Spielraum für Steuersenkungen und nachfrageseitige Maßnahmen erheblich aus. Durch die restriktive Geldpolitik, welche die Notenbank im Vorjahr zur Abkühlung der überhitzten Konjunktur verfolgte, ist auch der monetäre Aktionsradius groß. Die zweimalige Senkung des Leitzinssatzes – um jeweils ½ Prozentpunkt – zeigt die Bereitschaft zum Einsatz dieses wirtschaftspolitischen Instrumentes. Eine weitere Lockerung der Geldpolitik wird allerdings wegen des Anstiegs der Erzeugerpreise im Jänner um 1,1% und des Verbraucherpreisindex um 0,6% gegenüber Dezember 2000 etwas zögerlich ausfallen.

Auch auf dem Arbeitsmarkt gibt es bereits Hinweise auf eine deutliche Abkühlung. Die Arbeitslosenquote reagiert in den USA wesentlich rascher auf Konjunkturschwankungen als in Europa: Nachdem sie im Oktober 2000 mit 3,9% ihren tiefsten Stand seit mehr als 20 Jahren erreicht hatte, stieg sie bis Jänner auf 4,2%. Dies ist die höchste Quote seit 16 Monaten, wengleich noch deutlich unter dem Wert der EU.

ANHALTEND KRÄFTIGES WACHSTUM IN DER EU, ABER VERSCHLECHTERUNG DER WIRTSCHAFTSAUSSICHTEN

Trotz der deutlichen Verlangsamung des Wachstums in den USA sind in der EU derzeit kaum Anzeichen einer nachhaltigen Konjunktüreintrübung zu erkennen. Zwar wächst die Wirtschaft schwächer, doch ist dies eher auf binnenwirtschaftliche Faktoren als auf eine Dämpfung aus dem Ausland zurückzuführen. Höhere Zahlungen für Importe von Rohölprodukten reduzierten die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und drückten ab Mitte 2000 deren Konsumausgaben. Im Februar ging der von der EU-Kommission erhobene Indikator des Verbrauchervertrauens um 1 Prozentpunkt zurück. Er liegt aber nach wie vor auf einem überdurchschnittlichem Niveau. Der Vertrauensindikator der Sektoren Industrie und Bauwirtschaft sank sogar um 2 Prozentpunkte.

Die Wirtschaftslage ist aber nach wie vor gut, eine eindeutige Trendumkehr im Sinne einer Abschwächung der Außenhandelsaktivität zeichnet sich derzeit noch nicht ab. Der Extra-EU-Export überstieg das Vorjahresniveau im Dezember um 15%, der Import um 20%. Die Industrieproduktion (ohne Baugewerbe) wuchs in den 15 EU-Ländern im November gegenüber dem Vorjahr arbeitstägig bereinigt um 3,8% (Euro-Raum +4,3%), im Dezember um 7,2% (Euro-Raum +8%). Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote blieb in den Euro-Ländern in den letzten Monaten nahezu unverändert (Jänner 8,8%). In den Umfragen der EU verschlechterte sich aber das Unternehmerv Vertrauen fast im gesamten Euro-Raum.

Der Preisauftrieb (gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex) ließ in der EU im Jänner neuerlich nach. Ursache dieser Trendumkehr ist das Abklingen des Effekts der Rohölverteuerung und der Euro-Schwäche. Nach einem Höchststand von 2,9% im November 2000 betrug die Inflationsrate im Euro-Raum im Jänner nur noch 2,4%. Ebenso verlangsamte sich das Wachstum der Geldmenge M3 im Euro-Raum seit April 2000 (+6,7%, Dezember+4,9%). Dennoch ließ der EZB-Rat anlässlich seiner Sitzung von Mitte Februar den Leitzinssatz unverändert, um der Gefahr einer durch Überwälzungsprozesse ausgelösten mittelfristigen Aufwärtstendenz der Inflation entgegenzuwirken. Dadurch verringerte sich der Zinsabstand zu den USA deutlich. Auch die Zinsdifferenz zwischen Dreimonatsgeld und langfristigen Staatsanleihen im Euro-Raum verschwand Ende Februar vollständig.

Auch in Deutschland ist die Wirtschaftslage derzeit günstig, nach einer deutlichen Eintrübung in den Vormonaten bewerten die Unternehmen die aktuelle Geschäftslage in den Umfragen vom Jänner sogar wieder besser. Der Ifo-Konjunkturindex erhöhte sich nach einer stetigen Verschlechterung saisonbereinigt wieder auf seinen Stand von Mitte 2000. Die schrittweise Abschwächung im Jahr 2000 ging wie in der EU insgesamt auf ein Nachlassen der Binnennachfrage, insbesondere des privaten Konsums zurück. War im I. Quartal noch ein gesamtwirtschaftliches Wachstum von 3,7% verzeichnet worden, so lag das BIP im IV. Quartal um nur noch 1,9% über dem Vorjahreswert.

Die EU-Kommission veröffentlichte im Februar 2001 erstmals auch Umfrageergebnisse für den Dienstleistungssektor. Der tertiäre Sektor ist zwar viel weniger von Konjunkturschwankungen betroffen als die Sachgütererzeugung, doch trägt er in der EU zwei Drittel zur gesamtwirtschaftlichen Produktion bei. Die Umfragen spiegeln auch hier eine Abschwächung des Vertrauens seit Mitte 2000 wider; die zugrunde liegenden Reihen sind freilich für eine eingehende Analyse noch zu kurz.

ANHALTENDE ABSCHWÄCHUNG IN ÖSTERREICH

Vor dem Hintergrund der markanten Dämpfung der internationalen Konjunktur beurteilen auch die heimischen Unternehmen die Zukunft pessimistischer. Die Einschätzung der aktuellen Situation lässt aber noch keine Verstärkung des Abschwungs erkennen.

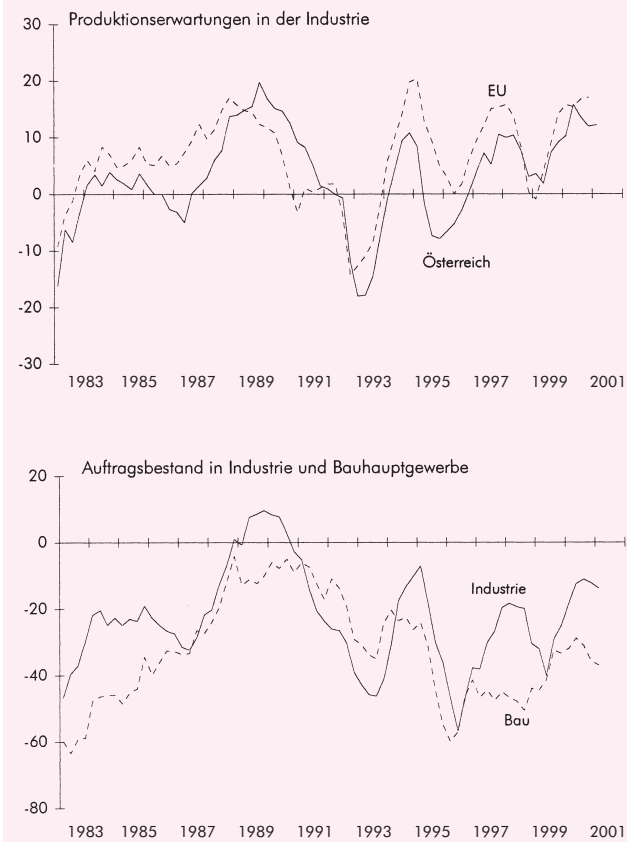
In Österreich war im Laufe des Jahres 2000 ebenfalls eine schrittweise Abschwächung der Konjunktur zu beobachten. Das Wachstum der binnenwirtschaftlichen Nachfrage verlangsamte sich unter dem Einfluss des rohölpreisbedingten Kaufkraftverlustes und der Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Die realen Einzelhandelsumsätze blieben im Dezember um 1,3% unter dem Vorjahresniveau und waren damit auch im Durchschnitt des IV. Quartals rückläufig. Leicht gestiegen ist hingegen wieder die Zahl der neuzugelassenen Pkw (IV. Quartal +3%). Auch in Ausrüstungen dürfte in den letzten Monaten 2000 – nach einem Rückgang im III. Quartal – mehr investiert werden, da viele Unternehmen den Investitionsfreibetrag in Anspruch nehmen wollten, der mit Jahresbeginn 2001 abgeschafft wurde. Anhaltend schwach ist seit Mitte 2000 die Nachfrage nach Bauinvestitionen.

Dagegen kommen aus dem Ausland bereits seit Ende 1999 kräftige Konjunkturimpulse. Die Zahlungseingänge aufgrund von Warenlieferungen erhöhten sich im Jahr 2000 um 16½%; auch im IV. Quartal war nahezu keine Dämpfung zu erkennen. Die Schwäche des Euro und der hohe Rohölpreis ließen jedoch den Warenimport gemäß der Zahlungsbilanz auf Cash-Basis noch stärker steigen (+17,8% gegenüber 1999). Das Leistungsbilanzdefizit stieg damit um 20 Mrd. S auf über 76 Mrd. S (5,5 Mrd. €).

Widersprüchliche Ergebnisse liefert der jüngste WIFO-Konjunkturtest für die österreichische Sachgütererzeugung: Wie in Deutschland verbesserte sich die Einschätzung der aktuellen Situation gegenüber dem Vormonat, während die künftige Entwicklung pessimistischer beurteilt wird. Dies könnte auf die zunehmende Angst vor einer Rezession in den USA zurückgehen, welche sich erst mit einiger Verzögerung auf die österreichische Wirtschaft auswirken würde. Tatsächlich schätzten die Unternehmen die Auftragsbestände aus dem In- und Ausland im Jänner und Februar 2001 deutlich ungünstiger ein als in den Monaten zuvor. Die gute Konjunktur des Vorjahres verschaffte den Unternehmen jedoch einen Auftragspolster, der die Auslastung auch noch in naher Zukunft stützen wird. Die Schwankung der „Produktionserwartungen“ über die Zeit ist allerdings so groß, dass man diese kurzfristige Abschwächung nicht überbewer-

Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt



ten sollte. Generell müssen die jüngsten Ergebnisse in Bezug auf ihre Aussagekraft für die Konjunkturanalyse mit Vorsicht interpretiert werden: Am stärksten verschlechterte sich die Einschätzung von Auftragsbestand und künftiger Geschäftslage durch die Hersteller nicht-dauerhafter Konsumgüter (ohne Nahrungs- und Genussmittel); dieser Sektor hat jedoch unterdurchschnittliche Bedeutung für den Konjunkturverlauf.

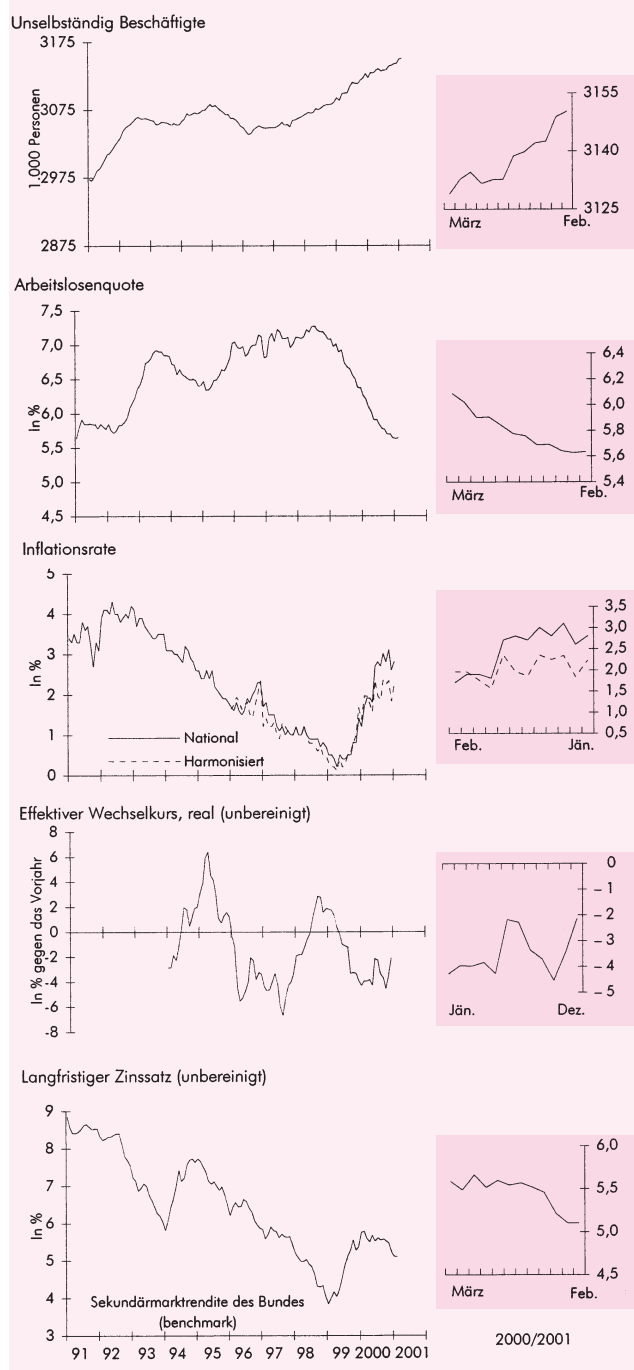
INFLATIONSANSTIEG DURCH GEBÜHRENERHÖHUNGEN

Nachdem die Inflation im Dezember 2000 wieder leicht nachgelassen hatte (+2,6%), stieg der österreichische Verbraucherpreisindex im Jänner um 2,8% gegenüber dem Vorjahr, hauptsächlich durch die Anhebung von Steuern und Gebühren (z. B. motorbezogene Versicherungssteuer, Energiesteuer, Autobahnvignette) und des allgemeinen Kostenbeitrags in Spitälern. Der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex betrug nur 2,2%.

Die Preiseffekte der Rohölverteuerung nahmen deutlich ab: Laut Statistik Austria reduzierte sich der durch Preiserhöhungen von Mineralölprodukten ausgelöste Effekt von einem Drittel der gesamten Preissteigerungen im Herbst auf ein Fünftel im Jänner. Im Jänner waren Treibstoffe sogar um 8% billiger als im Dezember 2000.

Wirtschaftspolitische Eckdaten

Saisonbereinigt



Gegenüber dem Vorjahr wurden neben den Mineralölprodukten auch Bahntarife (+5%) und Flugtickets (+8%) teurer. Der Preisindex für Obst stieg um 10%.

Mit Jahresbeginn 2001 wurden die Basis und der Warenkorb des Verbraucherpreisindex umgestellt. Ihm liegt nunmehr die Verbraucherstichprobe des Jahres 2000 zugrunde, gegliedert nach 812 Einzelpositionen.

GUTE WINTERSAISON FÜR ÖSTERREICHS TOURISMUSWIRTSCHAFT

Für Österreichs Tourismusbetriebe verlief die erste Hälfte der Wintersaison 2000/01 sehr erfolgreich, nach bishe-

rigen Schätzungen setzten sie zwischen November 2000 und Jänner 2001 um gut 6% mehr um als im Vorjahr. Die Umsätze erreichten damit 52,6 Mrd. S. Der Aufwand je Nächtigung – ein Indikator für die Qualität des Tourismusangebotes – stieg neuerlich. In Hotelbetrieben der oberen Kategorien nahm das Nächtigungsaufkommen überdurchschnittlich zu (+4,1%, 3-Stern-Betriebe +3%).

Die Zahl der Nächtigungen von ausländischen Gästen übertraf den Vorjahreswert um 3,9%, jene der Inländer um 1,8%. Die stärksten Zunahmen wurden für die Herkunftsländer USA (+17,1%), Großbritannien (+16,6%), Schweiz (+15,5%) und Niederlande (+13,7%) verzeichnet. Rückläufig waren nur die Nächtigungszahlen von Gästen aus Frankreich (-10%) und Belgien (-0,1%).

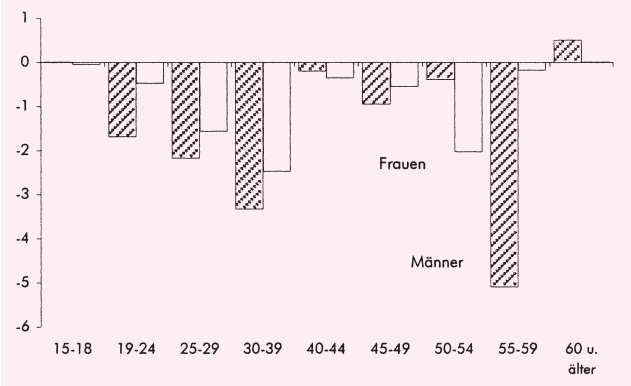
Im Burgenland (+11%) und in Tirol (+10%) stiegen die Tourismusumsätze am stärksten unter den Bundesländern; ebenfalls überdurchschnittlich schnitten die Steiermark (+7,5%) und Wien (+6,5%) ab. Mit Zuwachsraten von 2,8% bis 3,6% entwickelte sich die Nachfrage in Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich und Salzburg deutlich schwächer, in Vorarlberg war sie nur leicht rückläufig (-0,6%).

ARBEITSLOSIGKEIT SINKT TROTZ VERLANGSAMUNG DES BESCHÄFTIGUNGSZUWACHSES

Der verstärkte Zustrom in den Ruhestand unterstützt den Abbau der Arbeitslosigkeit; zugleich wächst aber die Beschäftigung mäßig. Gemäß der Revision durch Eurostat betrug die österreichische Arbeitslosenquote im Jänner 2001 3,7% (statt 3,2%).

Im Februar setzte sich der Rückgang der Arbeitslosigkeit fort, die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen war um 17.000 geringer als im Vorjahr (-6,4%). Die Arbeitslosenquote laut AMS betrug nur noch 7,5% (Februar 2000 8%). Bereinigt um Saisoneinflüsse betrug die Quote im Februar wie in den Vormonaten 5,6%. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten (ohne Präsenzdiener und Karenzgeldbezieher) erhöhte sich im Februar um 20.500 (+0,7%). Im Jänner hatte der Anstieg noch 0,9% erreicht. Die Beschäftigung nimmt somit rascher zu, als die Arbeitslosigkeit sinkt. Die Altersstruktur der Abgänge aus der registrierten Arbeitslosigkeit weist jedoch darauf hin, dass der Rückgang der Arbeitslosenquote zu einem beträchtlichen Teil auf einen verstärkten Zustrom in den Ruhestand zurückzuführen ist. So reduzierte sich die Zahl der arbeitslosen Männer vor allem in der Kategorie der 55- bis unter 60-Jährigen (-5.088 gegenüber 2000) und

Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Jänner 2001
Nach Altersgruppen, Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



die der Frauen in der Gruppe der 50- bis unter 55-Jährigen (-2.024).

Die regelmäßige Revision der auf Umfragen basierenden Arbeitslosenschätzung von Eurostat zeigte im Vorjahr eine deutliche Senkung der für Österreich ausgewiesenen Quote; heuer fiel die revidierte Quote um

½ Prozentpunkt höher aus. Der Wert für Jänner 2001 stieg dadurch von 3,2% auf 3,7%, jener für Februar lautet unverändert 3,7%.

Nach Branchen gegliedert wurde der relativ stärkste Beschäftigungszuwachs im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen verzeichnet. Die monatliche Veränderungsrate erreichte hier im Vorjahr zwischen +7% und +8% und erhöhte sich im Jänner 2001 auf +9,6%. Überdurchschnittlich nahm die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse auch im Gesundheitswesen (+4,4%), in der Erzeugung von Stein- und Glaswaren (+4,3%) sowie in der Metallverarbeitung zu (+2,8%). Einen größeren Rückgang verzeichneten das verstärkt dem internationalen Wettbewerb ausgesetzte Energiewesen (-3,9%), die öffentliche Verwaltung (-2,2%) und das Bauwesen (-2,5%). Der Beschäftigungsaufbau im Telekommunikations- und Verkehrswesen kam im Herbst 2000 zum Erliegen, der Personalstand hat rückläufige Tendenz (Jänner 2001 -1,8%).

Abgeschlossen am 8. März 2001.